



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Starke Reden von Angela Merkel auf dem Bundesparteitag und in der Haushaltsdebatte

Grüne etablieren sich als „Dagegen-Partei“

Mit zwei kämpferischen Reden auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe und anlässlich der Debatte um den Bundeshaushalt 2011 im Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich gemacht, dass die politische Führerschaft in Deutschland bei der Union liegt.

Die Union ist die einzig verbliebene Volkspartei, die gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Deutschland erfolgreich aus einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat. Während sich die Opposition aus der politischen Verantwortung stiehlt, packt die CDU die Herausforderungen an. Hartz IV-Reform, Umbau der Bundeswehr, Verabschiedung des Energiekonzepts mit einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, Gesundheitsreform und striktes Sparen im Bundeshaushalt 2011: Die christlich-liberale Regierung hat die letzten beiden Monate für viele zukunftsweisende Entscheidungen genutzt. Der „Herbst der Entscheidungen“, den Angela Merkel im September ankündigte, ist Wirklichkeit geworden. Während sich die Opposition wegduckt und – wie die SPD – zu den Beschlüssen, die sie selbst mit getroffen hat, nicht mehr steht oder – wie die Grünen – immer nur dagegen ist, handeln wir!

Deutschland ist so schnell und so gut durch die Krise gekommen, wie kein anderes Land in Europa. Unser Modell der sozialen Marktwirtschaft, das in anderen Ländern oft etwas belächelt wurde, hat sich in der Krise bewährt und seine Stärken gezeigt. Kluge und zielgenaue Eingriffe des Staates, verantwortungsbewusste Gewerkschaften und Arbeitgeber und leistungsbereite Arbeitnehmer, die zu Einschnitten bereit waren, haben mitgeholfen, die Krise zu überwinden. In diesem Jahr wird die deutsche Wirtschaft

um ca. 3,4% wachsen. Noch vor einem halben Jahr wurde nicht einmal die Hälfte hiervon prognostiziert! Zugleich ist die Zahl der Beschäftigten auf den höchsten Stand seit 1991 gestiegen. Dies entlastet die Sozialversicherungen und lässt die Steuereinnahmen steigen. Aber zugleich dürfen wir nicht vergessen, dass wir trotzdem in diesem Jahr fast 50 Mrd. Euro neue Schulden aufnehmen müssen. Spielraum für größere Steuersenkungen ist daher derzeit nicht vorhanden. Zunächst müssen wir bei der Konsolidierung des Haushalts weiter vorankommen.

Mit Blick auf die Grünen prägte Angela Merkel den Begriff der „Dagegen-Partei“. Die Grünen seien für den Bahnverkehr, aber gegen neue Bahnhöfe, für erneuerbare Energien, aber gegen neue Stromleitungen, für Sport, aber gegen Olympische Spiele in Deutschland. Dies mag zwar in den Meinungsumfragen positiv wirken, ist aber keine Basis für die Übernahme von Verantwortung.

In der allgemeinen Euphorie über die Grünen sind übrigens deren steuer- und sozialpolitischen Beschlüsse weitgehend untergegangen: Zur Finanzierung grüner Umverteilungsprogramme, insbesondere der Erhöhung des Hartz-IV-Satzes, soll die Mitte der Gesellschaft künftig kräftig zahlen: Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler, Abbau des Ehegattensplittings, Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent, Abschaffung der kostenlosen Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern und Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung von derzeit 3750 auf 5500 Euro. Bei einem Einkommen von 4500 Euro würde dies allein im Bereich der Krankenversicherung eine Zusatzlast von fast 750 Euro im Jahr bedeuten.

Rente mit 67: Längeres Erwerbsleben keine Bedrohung, sondern Chance.

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett den Bericht über die Arbeitsmarktlage älterer Menschen beschlossen. Der Altersaufbau unserer Bevölkerung wird sich schon in den nächsten zwei Jahrzehnten grundlegend wandeln. Im Jahr 2030 werden zwei Erwerbstätige einem Rentner gegenüberstehen, heute liegt dieses Verhältnis noch bei drei zu eins. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sichert die Anhebung des Renteneintrittsalters die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. In den letzten Jahren haben sich die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitsmarktchancen für ältere Menschen deutlich verbessert haben. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahren ist kontinuierlich gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2000 hat sich ihre Erwerbsbeteiligungsquote nahezu verdoppelt und liegt heute bei rund 40 Prozent. Diese positive Entwicklung wird sich fortsetzen, da aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft immer weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die Wirtschaft nicht auf das Potenzial der Älteren verzichten kann. Ein längeres Erwerbsleben ist somit keine Bedrohung, sondern eine Chance für mehr Wohlstand und Teilhabe für die Menschen, zumal die Verlängerung der Regelarbeitszeit nicht von heute auf morgen, sondern ab 2012 schrittweise über einen Zeitraum von 18 Jahren hinweg angehoben wird. Erst für die Jahrgänge ab 1964 wird die Regelaltersgrenze von 67 Jahren gelten.

Union zieht in den Umfragen an

In allen in dieser Woche veröffentlichten Meinungsumfragen hat die Union zugelegt und damit das Stimmungstief der letzten Monate hinter sich gelassen. Die Meinungsforscher führen dies auf das deutlich veränderte Auftreten der Koalition seit der Sommerpause zurück. Auch werde es von der Bevölkerung honoriert, dass in den letzten Wochen viele richtungsweisende Entscheidungen vorbereitet oder bereits getroffen wurden, beispielsweise zur Gesundheitsreform, Aussetzung der Wehrpflicht, Energiekonzept, Hartz IV-Reform und Verabschiedung eines echten Sparhaushalts. Den Grünen dagegen schadet die Gewaltwelle, die die Proteste in Gorleben begleitete.

Bundeshaushalt 2011

Nach der Umsetzung des Energiekonzeptes und der Gesundheitsreform stellt die christlich-liberale Koalition mit dem Bundeshaushalt 2011 auch im Bereich der Staatsfinanzen die Weichen dafür, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt und sich der Aufschwung zu einem lang anhaltenden Wachstum entwickeln kann. Gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsentwurf wird die Nettokreditaufnahme um 9,1 Milliarden auf 48,4 Milliarden Euro gesenkt. Das ist ein großer Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben die Koalitionsfraktionen gegenüber dem Entwurf eine Reihe von Änderungen vorgenommen, mit denen wichtige Schwerpunkte christlich-liberaler Politik umgesetzt werden: So wurden die Mittel für die Städtebauförderung von rund 290 auf 455 Millionen Euro angehoben. Dies kommt der regionalen Bauwirtschaft und unseren Handwerksbetrieben zugute und fördert die Beschäftigung. Darüber hinaus werden mit dem Bundeshaushalt 2011 auch die Kommunen entlastet. Zu ihrer Unterstützung sind als Vorsorge 200 Millionen Euro zusätzlich bei den Kosten der Unterkunft ermöglicht worden. Ferner wurde der Ansatz beim Wohngeld um 188 Millionen Euro erhöht. Die Reform der Kommunalfinanzen stehe im Mittelpunkt der Arbeit der Koalition, betonte dazu die Bundeskanzlerin in ihrer Haushaltsrede. Sie erläuterte außerdem, dass derzeit an Vorschlägen für Steuervereinfachung gearbeitet werde, die zum 1. Januar 2012 umgesetzt werden sollen.

Neuer Bundesvorstand der CDU

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg ist auch im neuen CDU-Bundesvorstand wieder stark vertreten. Die Delegierten des Karlsruher Parteitags bestätigten die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan als stellvertretende Bundesvorsitzende. Ebenfalls bestätigt wurden Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble als Präsidiumsmitglied sowie der stellvertretende Landesgruppenvorsitzende und Abgeordnete des Bundestagswahlkreises Karlsruhe-Land Axel E. Fischer als weiteres Vorstandsmitglied. Neu in den Bundesvorstand zog unser Generalsekretär Thomas Strobl ein. Die CDU Baden-Württemberg ist neben den vier genannten Bundestagsabgeordneten auch durch Ministerin Tanja Gönner vertreten.